

# mittendrin

Ausgabe 12 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Warum man bei der Europawahl getrost sein Kreuz bei der LINKEN machen kann

**U**m es kurz zu machen. Klar bin ich überzeugt davon, dass DIE LINKE den Unterschied macht. In der „großen Politik“ wird oft so getan, als ob Macron und Merkel die europapolitische Debatte bestimmen.

Bald wird eine Neuauflage des Elysee-Vertrags durch den Blätterwald gejagt. Doch wo ist da eigentlich die ernsthafte Debatte? Beide wollen Aufrüstung und Abschottung Europas, schwören ihre Länder auf unendliche Sparkurse ein und dann hoffen sie auf die Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürgern in der nächsten Zukunft? Wie soll das gehen? Mit ihrer abenteuerlichen Politik machen sie derzeit vor allem Rechtsaußen stark. Sie verschleppen humane Lösungen für eine europäische Asylpolitik, die man weder Erdogan noch libyschen Warlords überlassen kann und auch nicht heimlich still und leise tief in Nordafrika, in Mali und Niger entscheidet. Und auch im Unterschied zu

den Grünen verbreiten wir kein fröhliches Europabild, in dem man munter ein paar Reförmchen angehen kann und alles wird gut. So kritisch wir sind: Wir wollen eine andere EU. Dafür muss sie vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir müssen den anhaltenden Krisen auf den Grund gehen und das in jedem Politikfeld.

Wenn wir von Friedenspolitik reden, dann steht natürlich zuerst das klare NEIN zu Waffenexporten und Aufrüstung. Doch wir verbinden das mit der Frage des Klimawandels. Dürre und Umweltkatastrophen sind mehr und mehr wesentliche Ursachen von Flucht und Krieg. Und mit dem Kampf gegen die neoliberale Sparpolitik verbinden wir selbstverständlich die Geschlechterpolitik, denn es sind vor allem Frauen, die weltweit eine ungerechte Arbeitsteilung wegtragen.

Mit uns gibt es im Europaparlament eine Stimme für eine Soziale Säule, die nicht wie Pudding daherkommt, sondern Rechte am Ende auch garantieren muss. Dafür müssten



Martina Michels, DIE LINKE., Mitglied des Europäischen Parlaments

allerdings auch die Regionen ein ganz anderes Mitspracherecht in der europäischen

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Arm und wohnungslos – Alltag für viele in Berlin

Sie brauchen vor allem und zuerst ein Dach über dem Kopf. Die sozialen Wohnhilfen in den Bezirken haben bis Ende 2017 fast 37 000 Menschen in Wohnungen unterbringen können. Im Jahr davor waren es 31 000. Elke Breitenbach erläutert, wie es weitergeht.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Mit Oma und Mutter aus Sankt Petersburg nach Berlin

Zhana Jung war zwei Jahre alt, als sie ihre Geburtsstadt verließ. Das hatte sie nicht zu entscheiden. Aber dass die inzwischen 25-Jährige dann aus Bamberg nach Berlin kam, war ihr Entschluss. Warum gerade Berlin? Matthias Herold wollte das wissen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

### Haupt-, Nach-, Unter- und Mitmieter kochen eher nicht

Das jedenfalls hat Irene Runge herausgefunden. Weil nämlich die Hälfte der Bewohner alleinstehend ist. Und wie kommen die zu Speis und Trank? Zum Beispiel in dem Dreh um die Große Hamburger und die Dorotheenstraße. Da gibt's noch mehr zu entdecken.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, liebe Leserinnen und Leser der „mittendrin“,

wir wünschen euch und Ihnen eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit, einen angenehmen Jahreswechsel und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2019!

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und die Redaktion der „mittendrin“

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

**Blick aus dem Amt****Mittendrin – Abschiedsblick aus dem Amt**

**Das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu, die Planung des Haushalts 2020 und 2021 steht vor der Tür; Zeit für ein kleines Resümee am Ende meiner Amtszeit als Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste in Mitte.**

Insgesamt zeigen sich die positiven Wirkungen der rot-rot-grünen Landesregierung. Das betrifft vor allem das Thema Personal: Verwaltungsleistungen werden in der Regel besser, wenn ausreichend Personal in den Ämtern beschäftigt ist. Es gibt daher kaum noch Beschwerden in den Bürgerämtern des Bezirks. Dort wo Personal verstärkt wird, wie in der Einbürgerung und im Standesamt, nehmen sie ab. Das Jugendamt ist personell besser aufgestellt. Die sehr schlechte Situation von Ende des Jahres 2016 ist überwunden. Die gesamtstädtische Steuerung von Prozessen, der ich anfänglich skeptisch gegenüberstand, erweist sich im Bereich Bürgerämter und Standesämter bisher als gut und ist ausbaufähig.

Es zeigt sich aber, dass das Ziel, aufgabengerecht angemessen viel Personal in den Bezirken zu haben, noch nicht erreicht ist. So fehlen insbesondere im Jugendamt (Regionaler sozialpädagogischer Dienst), in den Bereichen Standesamt, Wohngeld, Einbürgerung und der Verhinderung von Wohnraumzweckentfremdung weitere Beschäftigte. Es ist zu hoffen, dass der Bezirk hier die Schwerpunktsetzungen unterstützt, auch wenn es um eine angemessene Bezahlung der Bezirksbeschäftigten geht. Ein Thema, das sich immer mehr als große Hürde für die erfolgreiche Personalgewinnung in den Bezirken erweist. Hier müssen der Tarifvertrag und die Entgeltstruktur endlich geändert werden.

Der Weg zu einem kinder-, jugend- und familienfreundlichen Bezirk sollte weiter beschritten werden, auch mit dem Haushalt 2020/21. Das bedeutet ausreichend Mittel für Jugendarbeit, fachliche und sächliche Unterstützung von wichtigen Projekten wie queerer Jugend- und Mädchenarbeit und dem

Jugendaktionsraum auf dem Alexanderplatz. Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist auch eine Haltungfrage: Junge Menschen brauchen Platz im Bezirk; ihre Projekte bereichern den öffentlichen Raum. Dies sollte bei Entscheidungen zu Sondernutzungen bedacht werden. Mehr Service für Familien in Mitte verspricht das geplante Familienservicebüro, das konzeptionell auf den Weg gebracht wurde und umgesetzt werden muss.

Mein wichtigstes Fazit nach zwei Jahren: Die Mitarbeiter\*innen sind die wichtigste „Ressource“. Sie brauchen Wertschätzung und angemessene Rahmenbedingungen für die Arbeit, die sie im Interesse der Menschen im Bezirk erledigen. Wir haben gemeinsam einiges auf den Weg gebracht und Herausforderungen, wie die Kitaplatznot im Alltag gemeistert. Ich wünsche meiner Nachfolgerin eine genauso gute Zusammenarbeit, viel Freude und Erfolg bei der Arbeit für den Bezirk.

**Tschüss sagt  
Sandra Obermeyer**

**Aus der BVV****Badstraße 10 und „Himmelbeet“ in der November-BVV**

**Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte vom 22.11. begann nach den Einwohneranfragen mit Ehrung und Empfang zu 100 Jahren Frauenwahlrecht. Carola von Braun und Lavina Steiner hielten gute und bewegende Reden.**

Nach dem Empfang ging es mit der thematischen Arbeit weiter.

**Zur Zwischennutzung des ehemaligen Hauses der Volksbildung**

In der BVV haben wir zur Badstraße 10 nachgefragt, was mit der eigentlich geplanten Zwischennutzung des ehemaligen Hauses der Volksbildung geschehen ist. Dort ist für einen Zeitraum von drei Jahren eine Zwischennutzung vorgesehen, bevor es zur Sanierung des Gebäudes kommen wird.

Auf unsere Nachfrage musste Bezirksstadtrat Gothe (SPD) zugeben, dass die 3-Jahresfrist bereits läuft, in der die Zwischennutzungen geschehen können und dass es dann für

die künftigen Zwischennutzer keine drei Jahre mehr sind. Das Bezirksamt ist im Verzug.

In der Badstraße sind für diese bereits nicht mehr ganz drei Jahre folgende Nutzungen und Nutzer geplant: Vorschulische Sprachfördergruppen; Sprechstunden der Freiwilligenagentur Mitte; Beratungs-, Sprach- und Kulturangebote für Zugewanderte, wie z.B. das Lotsenprojekt „die brücke“; Jugendsozialarbeit in Willkommensklassen; ein Raum für Quartiersentwicklung; ein Jugendclub; die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und Wohnraum.

Die Linksfraktion mahnt an, dass die Zwischennutzungen schnellstmöglich beginnen, und sie wird das Bezirksamt weiter antreiben, damit sie endlich stattfinden können.

**„Himmelbeet“ retten!**

Weil der Verein „Himmelbeet“ keinen Vertrag mehr hat und damit seiner Arbeitsgrundlage beraubt ist, haben wir einen dringlichen Antrag eingebracht, in dem wir das Bezirksamt



Haus wartet auf Zwischennutzung vor Sanierung

auffordern, den Vertrag bis zum realen Baubeginn weiter zu verlängern und nach geeigneten Ausweichflächen zu suchen. Die BVV beschloss einstimmig unseren Antrag.

Erstmalig in dieser Legislaturperiode schaffte es die BVV nicht, alle Drucksachen bis 23 Uhr zu behandeln. Die nicht behandelten Anträge werden in der Dezember-Sitzung auf der Tagesordnung stehen.

**Andreas Böttger**  
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.  
In der BVV Berlin-Mitte

# Wir bleiben dran

## Mehr Wohnungen für Wohnungslose

**D**er Wohnungsmarkt in Berlin boomt. Die Mietpreise steigen rasant, bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Die Folgen dieser Entwicklung bekommen Menschen mit geringem Einkommen besonders zu spüren. Armut und Wohnungslosigkeit gehören zum Alltag in dieser Stadt.

Seit 2015 steigt die Zahl der wohnungslosen Untergebrachten deutlich, da auch immer mehr anerkannte Geflüchtete bei den sozialen Wohnhilfen der Bezirke vorsprechen, weil sie keine Wohnung finden. Ende 2017 waren knapp 37.000 Menschen durch die Bezirke untergebracht. Im Jahr zuvor waren es noch 31.000 Menschen.

Der Senat hat sich in dieser Legislaturperiode viel vorgenommen im Bereich der Wohnungslosenhilfe: Wir entwickeln die „Leitlinien der Wohnungslosenhilfe“ weiter. Dazu haben wir den umfangreichen beteiligungsorientierten Prozess der Berliner Strategiekonferenzen zur Wohnungslosenhilfe initiiert und einen ersten Leitlinien-Entwurf vorgestellt. Ziel der ersten Strategiekonferenz im Januar 2018 war es, gemeinsam mit den Akteuren der Wohnungslosenhilfe die Herausforderungen und Handlungserfordernisse zu identifizieren, die der Senat bei der Konzeption seiner Leitlinien der Wohnungslosenhilfe beachten sollte, um eine bedarfsgerechte gesamtstädtische Strategie der Wohnungslosenhilfe zu entwickeln. Seitdem haben sich neun Arbeitsgruppen mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten befasst und Empfehlungen erarbeitet – von der Prävention über die Wohnungslosenhilfe bis hin zur medizinischen Versorgung Wohnungsloser. Im Rahmen der zweiten Strategiekonferenz im Oktober 2018 wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt und diskutiert. Diese fließen nun in den politischen Prozess der Leitlinien-Formulierung ein. Ziel ist ein Senatsbeschluss im Frühjahr 2019 zu den Leitlinien.

Bis dahin sind wir natürlich nicht untätig und entwickeln das Berliner Hilfesystem kontinuierlich weiter: Die Richtwerte der Ausführungsvorschriften-Wohnen haben wir bereits im

letzten Jahr deutlich erhöht und Härtefall- und Sonderstatbestände weiterentwickelt, um vielen Menschen den Verbleib in ihren Wohnungen zu ermöglichen. Die Zahl der Plätze in den ganzjährigen Notübernachtungen bauen wir kontinuierlich aus. Wir haben ein Modellprojekt zu „Housing First“ gestartet. Die Zahl der Kältehilfeplätze haben wir auf über 1.000 erhöht, den Zeitraum auf die Monate April und Oktober ausgedehnt und eine Kältehilfe-Koordinierungsstelle eingerichtet. Im Oktober hat die Clearingstelle für Menschen mit ungeklärtem Krankenversicherungsschutz ihre Arbeit aufgenommen. Soeben haben wir uns mit der BVG auf ein neues Konzept zur Öffnung der Kältebahnhöfe verständigt. An den diesjährigen „Kältebahnhöfen“ Moritzplatz und Lichtenberg sind mobile Toiletten aufgestellt. Streetworker\*innen bieten Obdachlosen Hil-

fe an und motivieren sie, Notübernachtungen aufzusuchen.

Und wir bleiben dran: Wir wollen die Anzahl der Wohnungen im geschützten Marktsegment auf 2.500 erhöhen, eine Wohnungslosenstatistik einführen, die Angebote der Wohnungslosenhilfe zukünftig in Abstimmung mit den Bezirken gesamtstädtisch steuern und, und, und...

**Elke Breitenbach**

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Elke Breitenbach in der Bahnmissionsmission am Zoo



(C) ORLANDO EL MONDRY

Die Geburt Jesu im Stall zu Bethlehem geschah vor etwa zweitausend Jahren – heute ist es an uns, dafür zu sorgen, dass Er in die Herzen der Menschen geboren wird! (Orlando El Mondry)

Fortsetzung von Seite 1: Warum man bei der Europawahl getrost sein Kreuz bei der LINKEN machen kann

Politik erkämpfen, denn in den Regionen wird Integration gelebt, der Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung gestemmt, kultureller Austausch konkret. Dezentrales und kooperatives Wirtschaften, öko-soziale Infrastrukturen gehören genauso in die Europäische Politik wie der Umgang mit unse-

ren europäischen Nachbarn. Und machen wir uns nichts vor: Wollen wir den rechten Vormarsch in Europa stoppen, dann müssen wir auch genau hinhören, dass da neben der Flüchtlingspolitik vor allem die sogenannten weichen Themen, wie Bildungs- und Familienpolitik, die christlichen Werte, Kultur- und

Medienfreiheit, in den Mittelpunkt rücken. Öffentlich-rechtliche Medien, kulturelle und religiöse Vielfalt, Demokratie und Freiheit sind konkret und müssen in der EU massiv verteidigt werden. Dafür lohnt die Stimme bei den LINKEN.

**Martina Michels**

## Menschen in Mitte

# Jung, weiblich, ehrgeizig: Co-Bezirksvorsitzende Zhana Jung

**S**ie sei schlagfertig, ungeduldig und ehrgeizig, sagt Zhana Jung über sich. „Und ich bin jung, nichtakademisch und eine Frau“, legt sie noch nach. Mit aller Kraft will sie sich für eine solidarische Gesellschaft engagieren.

Das alles prädestiniert eigentlich schon die 25-jährige Frau, eine Leitungsposition im Bezirksverband der DIE LINKE



Zhana Jung

Berlin-Mitte einzunehmen. Zusammen mit dem schon langjährig bewährten Vorsitzenden Thilo Urchs wurde sie im November in die Doppelspitze des Verbandes gewählt.

Der Weg Zhana Jungs ins Karl-Liebknecht-Haus begann in Sankt Petersburg, wo sie 1993 geboren wurde. Als Zweijährige zog sie mit ihrer deutschen Spätaussiedlerfamilie von Russland nach Bamberg. Schon als Schülerin nahm sie regelmäßig an politischen Seminaren der dortigen Hans-Seidel-Stiftung der CSU teil, aber nur, um sich vor allem in Rhetorik zu üben. „Mit 16 schloss ich mich der Linksjugend ‚solid‘ Bamberg an und ging gegen Rassismus und Neofaschismus auf die Straße“, erzählt sie. In der fränkischen Stadt wurde sie nach der Lehre beim „Rifelmacher Nachfahren Königlicher Hoflieferant“ eine streitbare Konditorin, die sich mit ihren neu kreierten Torten ihrem Chef mutig widersetzte. 19-jährig fuhr Zhana mit fünf Kartons und einem Müllsack nach Berlin. „Ich verliebte mich schnell in die bunte, vielfältige Stadt“. Ihre erste Unterkunft fand sie

am Rosa-Luxemburg-Platz, sofort Arbeit in einem Restaurant auf dem Hausvogteiplatz.

2015 wurde die junge Frau Mitglied der DIE LINKE, gehörte gleich zu den Peaceful Streetfighters, wurde in den Bezirksvorstand Mitte und in den LandessprecherInnenrat von Linksjugend ‚solid‘ Berlin gewählt und ist Sprecherin der Jugend-Basisorganisation. „Ich habe eine super Zeit erleben dürfen, als ich im

Kernteam unseres Spitzenkandidaten Steve Rauhut wochenlang unterwegs war“, sagt sie begeistert. „An den Infoständen, dem Roten Wohnzimmer, im Nachwahlkampf - von Falk Höpfner und mir initiiert und favorisiert - lernten wir, zuzuhören, aktiv zu argumentieren, zu überzeugen. Diese Erfahrungen werden wir jetzt noch offensiver nutzen, schon bald auch vor den Europa-Parlamentswahlen.“

Dass sie nun Co-Vorsitzende des fast 1200 Mitglieder zählenden Bezirksverbandes von Berlin-Mitte ist, erfüllt Zhana Jung mit Stolz und hohen Erwartungen. „Ich hab so richtig viel Hoffnung in unsere Mitmen-

schen in unserem außergewöhnlichen Bezirk als auch in unsere Partei. Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass wir hier noch mehr erreichen können und will das auch aktiv tun. In einer Kombination aus Erprobtem und Bewährtem, mit einem langanhaltenden Atem und frischer Luft können wir mit Sicherheit Neumitglieder gewinnen und so einbinden, dass unsere Politik fruchtet“, betont sie. „Ich möchte auch vorleben, dass junge Frauen Politik machen und der Politikverdrossenheit den Kampf ansagen.“

Matthias Herold

### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

## Bei anderen gelesen

### ► Das Leben ist ungerecht

Wir waren Zeitgenossen, Verflochtene in dem gleichen historischen Versuch, haben ihn auf unterschiedliche Weise gelebt und überlebt und Narben davongetragen, manche aus Selbstverletzung, aber auch Beulen, die uns Verbündete in den Helm schlugen. Alles, das Begeisternde wie das am Ende Elende, war eigentlich verständlich, manches sogar historisch gesehen folgerichtig. Ich weiß, das Leben ist ungerecht, aber es wäre unkeusch, die einzige Gerechte sein zu wollen. Das klappt ohnehin nie. So bleiben wir einander ermutigende, oft enttäuschte, uns immer wieder zu Hoffnung aufrappelnde Bürger im Getriebe einer Macht mit viel Ohnmacht. Die Völker schreien nach Umkehr. Weg von dieser drohenden Nähe zu einem Weltenbrand. Sie schreien nach Gerechtigkeit. In einer Zeit, die uns jeden Tag beweist, dass es wieder einmal gefährlich ungerecht zugeht.

– Gisela Steineckert in

„RotFuchs“ Oktober 2018

### ► Die neue Altpartei

Intrigen, Postengeschacher, Abgehobenheit – all das warf die AfD ständig den „Altparteien“ des politischen „Systems“ vor. Doch spätestens mit dem Parteispenden-Skandal um Alice Weidel zeigt sich: die selbst ernannte Alternative ist eine Partei wie jede andere.

„Cicero“, November 2018

### ► Merz und die Oberschicht

CDU-Kandidat Friedrich Merz glaubt, er gehöre mit einer Million Euro brutto im Jahr nicht zur Oberschicht, dann muss er sich auch daran messen lassen. „Heute verdiene ich rund eine Million Euro brutto.“ Auf Nachfrage hat er seine Angaben präzisiert. Wer eine Million Vermögen hat, gehört zu den oberen 2,5 Prozent. Wer sogar eine Million im Jahr verdient, gehört zu den 19000 Topverdienern in Deutschland. Merz hat also mehr als 99,95 Prozent aller deutschen Steuerzahler. Das ist schon sehr gehobene Oberschicht.

„Der Freitag“, 18.11.2018

### ► Der Trainerwechsel der SPD

Die SPD und der Hamburger Sportverein: in beiden Fällen handelt es sich um Traditions-Vereine mit vielen Mitgliedern, die auf eine stolze Vergangenheit zurückblicken können. Was sie ebenfalls eint, ist der Verschleiß an Führungspersonal. Der hektische Wechsel ist ein Wesensmerkmal von Organisation im Abstiegskampf. Angst vor dem Abstieg erzeugt Stress und Panik, was zu überstürztem Handeln führt und wiederum den Abstieg beschleunigt. Die versprochene Erneuerung der SPD beschränkt sich bislang auf die durchaus sinnvolle Idee, auf Wahlpartys im Willy-Brand-Haus zu verzichten.

„Der Spiegel“, Nr. 45 vom 03.11.2018

## Kurznachrichten

### ► Wenn die Rente zum Leben nicht reicht

Über 21 Millionen Menschen bezogen 2017 Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Aber für mehr als 500 000 Rentnerinnen und Rentner langte die monatliche Zahlung nicht zum Leben – doppelt so viele wie vor 25 Jahren. Sie erhielten staatliche Zuwendungen. Infratest dimap stellte in einer repräsentativen Umfrage fest, dass nicht alle Anspruchsberechtigten diese Möglichkeit wahrnehmen. Es gibt eine hohe Dunkelziffer – Scham oder Stolz, vielfach auch einfach Unwissenheit.

### ► Was die „Knöllchen“ so einbringen

Die Berliner Bezirke kassierten von August 2017 bis Mitte Oktober 2018 runde 24,6 Millionen Euro. Den größten Happen – rund ein Viertel davon – erwischte der Bezirk Mitte. Er holte 6 Millionen für abgelaufene oder fehlende Parkscheine. Gegen das Parken im Halteverbot wurde vergleichsweise seltener verstoßen – die Sünder brachten es aber immerhin auch auf 676 000 Euro.

### ► Die Natur braucht eine Pause

Zu diesem Schluss kommt eine Studie von James Watson, Hauptautor im Magazin „Nature“. Er hat zum ersten Mal „Wildnis“ an Land und im Wasser kartiert. Ergebnis: Einigen wenigen Ländern gehört ein großer Teil dieser fast oder gänzlich unberührten Flächen (23 Prozent an Land und nur 13 Prozent der Meeresgebiete). Vor hundert Jahren waren da noch 85 Prozent Natur. Vor allem Australien, Brasilien, Kanada, Russland und die USA haben hohe Verantwortung für die Bewahrung der Wildnis. Die wachsende Weltbevölkerung und vor allem die massive Nutzung von Wäldern, Ölreserven und die Fleischproduktion zerstören die Natur. Zwischen 1993 und 2009 ist „Wildnis“ von der Größe Indiens für Siedlungen, Landwirtschaft und Ausbeutung von Bodenschätzen verbraucht worden.

# Weddinger Mieter wehren sich gegen VONOVIA

*Auch Team Wallraff ermittelt*

**I**n der Liebenwalder Straße 5 im Wedding ist den Mietern jetzt der Kragen geplatzt. Schon im Oktober trafen sie sich; etwa die Hälfte der Bewohner schloss sich nun zu einer Mieterinitiative zusammen, alle legten Widerspruch gegen dubiose Betriebskostenabrechnungen von VONOVIA ein.

Denn diese Betriebskostenabrechnungen sind nicht nachvollziehbar, sie enthalten enorme Unstimmigkeiten und Abweichungen von den Belegen. Auch Mieter aus anderen Weddinger Straßen berichten von stark überzogenen oder intransparenten Abrechnungen, unter anderem bei Bauleistungen nach Modernisierung. Erst kürzlich hat der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff das „SYSTEM VONOVIA“ unter die Lupe genommen. Immer mehr Menschen stellen fest, dass es bei VONOVIA nicht mit rechten Dingen zugeht.

Ein Mieter aus der Schulstraße berichtete zum Beispiel, dass er Widerspruch gegen seine Jahresabrechnung eingelegt und Belege angefordert habe. Auf diese wartet er nun seit rund zwei Jahren. Unglaublich erschien ihm unter anderem, dass die Grundsteuer sich um über 400 Prozent erhöht hat.

Im Wedding wollen die VONOVIA-Mieter nun für ihre Rechte kämpfen. Sie setzen Widersprüche auf, schalten Anwälte und Mietervereine sowie Bezirkspolitiker ein. Sie haben beschlossen, sich stärker zu organisieren und gezielt eine breitere Öffentlichkeit für ihr Anliegen herzustellen. Auch bundesweit – zum Beispiel in Hamburg, Dresden, Hannover, Potsdam, Konstanz,

Köln, Magdeburg oder Witten – werden die immer gleichen Vorwürfe geäußert. Unter anderem zeigen SPIEGEL-Recherchen Einblicke in eine regelrechte Gewinnmaschine, die laufend mehr Geld in die VONOVIA-Kasse spült und die angesichts der Wohnungsnot niemand mehr verstehen kann.

Bundesweit gehören fast 400.000 Wohnungen dem VONOVIA-Konzern. Tausende Mieter sind verärgert und geschöpft durch dessen fiese „INSOURCING“-Methoden: Statt externe Firmen zu beauftragen, übernimmt der Immobilienkonzern viele



Liebenwalder Straße 5 im Wedding

Aufgaben mittlerweile mit eigenen Tochterfirmen und streicht bei den „Nebenkosten“ horrenden Profite ein. Das „Handelsblatt“ schreibt, dass sich der operative Gewinn in den vergangenen vier Jahren auf 921 Millionen € mehr als vervierfacht hat. Eben nach „SYSTEM VONOVIA“.

**Rainer Scholz**

### Noch einmal ein Fest ...

Auch in diesem Jahr wieder

### Firlefanzen und Glühwein

Unser vorweihnachtlicher bunter unterhaltsamer freundlicher Abend mit Harald Preuß, Siegfried Wein, Gerd Gleß und dem vorzüglichen Puppenensemble der Preußischen Marionettenoper.

Dabei auch wieder Gäste ...

*Über den Besuch sind wir immer hochofret.*

Im Namen aller Beteiligten  
*Siegfried Wein*

### Unsere Termine

14., 15., 16., 18. und 19. 12. jeweils um 19 Uhr  
und  
17. 12. um 16.00 Uhr

### Wie immer in der

Sophienstraße 10, 10178 Berlin-Mitte.

### Kartenreservierung

Tel. 030 - 28 33 560

oder

kontakt@puppentheater-firlefanzen.de



**BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF**  
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de  
**Sozial- und Mietenberatung**  
Do 17-18 Uhr: 6.12. / 20.12. / 10.1. / 24.1.

## Stadtluft und Bio-Bowls

**T**rübe, feuchte, gar eisige Tage werden kommen, doch noch wirken Tor- und angrenzende Straßen herbstlich. In der Großen Hamburger und Dorotheenstraße wartet man wie immer bei **Beets & Roots auf Bowls, Soups, Salads und Wraps, die Bio-Cafés, Restaurants und Imbissstuben sind voll, denn Berlins Haupt-, Nach-, Unter- und Mitmieter kochen eher nicht.**

Statistisch ist die Hälfte der Bevölkerung alleinstehend, was nichts über gemeinschaftliches Essen und Wohnen aussagt. Stadtluft macht frei. Die industrielle Revolution schuf Mietskaserne und Proletarier, bei der digitalen gehts um WGs und flexible, teamfähige Typen. Die gehören zu den bald vier Millionen Menschen, die dann in Berlins Bahnen, Trams und Bussen drängen, neben Autos radeln, spazieren, rennen, konsumieren, Straßen, Plätze füllen, Räume für Kunst, Kultur, Geselligkeit und Wartezimmer beanspruchen werden. Eingefleischte Gewissheiten verschwinden. Die Mitte hat sich allmählich an Überalterung und Verjüngung, co-working spaces, factories, free WiFi, Podcasts, Facebook-Freundschaften, Uber und Yelp, fremdelnde Nachbarn, Touristen und diverse Alltagssprachen gewöhnt.

In meiner Gegend werden Bücher jetzt auf der Straße entsorgt. Selbst geschenkt wollen

Büchertische, Büchereien, Vereine, Antiquariate sie nicht haben. Mr. Carnegie finanzierte einst Manhattans Bibliotheken als fussläufig erreichbare Nachbarschaftshäuser. Der Film „The New York Public Library“ zeigt, wie das heute funktioniert. Liegt bei uns die Zukunft von Sperrmüll, Klammotten und Literatur auf der Straße?

Der „Kampf um die Stadt“ war unlängst Motto der 5. Democracy Lecture. Als Referent der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ sprach der US-Amerikaner Richard Sennett, bedeutender Stadtforscher, in London lebend, Globalität und Regionalität von Großstädten erforschend. Rund 1400 meist junge Leute kamen zu ihm ins Haus der Kulturen der Welt. Der Soziologe, Planer, Teamworker, Stadtanalytiker und Autor fesselte die Zuhörenden charmant, witzig, altersweise, ein wenig skurril. Pädagogisch erfahren, kapitalismuskritisch ohne platte Ideologie, diskutierte er Widersprüche und Herausforderungen der „open and gated cities“, Chancen und Grenzen der Toleranz, auch der Smart City. Später traf ich an der Haltestelle Wartende meines Alters,



Nachts am Hackeschen Markt

die sich im „Tipi“ amüsiert hatten. Unser Weg war holprig, der Tiergarten finster, der Bus verspätet, die S-Bahn fuhr nicht. So verbündeten wir uns mitten im nächtlichen Berlin.

**Irene Runge**

## Gibt es Kultur und Kunst im politischen Leben der Linken?

**E**ine Frage an uns: **Muss nicht heute, Ewo unsere Lebensbedingungen uns viel abverlangen, Demokratie zunehmend rechtsextremen Angriffen ausgesetzt ist, Kultur und Kunst in ihrer ganzen Vielfalt im politischen Leben einer sozialistischen Partei wachsende Bedeutung haben?**

Angesichts unserer Geschichte haben wir eine hohe Verantwortung für die Verteidigung von Kultur und Kunst, der großen Vielfalt an kulturellen/künstlerischen Traditionen, einem Erbe, das in seiner demokratischen Substanz zu unserem Leben gehört.

Zu allen Zeiten haben Künstler /Kulturschaffende im Ringen für Demokratie, im Kampf gegen den deutschen Faschismus, für friedliche Lebensbedingungen aktiv teilgenommen – und das auch heute.

Wir haben als Demokraten, als Partei nachzudenken, wie Bürger nicht auf den rechten Mob hereinfliegen, dass Ängste nicht zunehmen. Menschen Mut zu machen, Lebensfreude, Neugier zu entwickeln, für all das brauchen wir überzeugende Argumente, Wissen, eine Sprache, die die Menschen verstehen, brauchen

wir Gefühle, Bilder. Für diese politischen Anforderungen benötigen wir die Freiheit von Kunst und Kultur und ihre stete Verteidigung gegen Angriffe von rechten Kräften und d.h., auch im politischen Leben der Partei dem breiten kulturellen und künstlerischen Leben unserer Stadt mehr Beachtung zu widmen, nicht als Zusatz, sondern als Teil unseres Lebens. So bieten sich für Debatten um die Novemberrevolution mehrere Ausstellungen, u.a. auch künstlerische, an (z.B. im Brücke-Museum, im Bröhan-Museum, im Liebermannhaus). Für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus lohnt sich, aufmerksam zu machen auf den Angriff der Faschisten auf Werke deutscher Künstler, die von ihnen als entartet diffamiert wurden. Die internationale Solidarität mit diesen Künstlern demonstrierte eine Ausstellung 1938 in London. Bilder dieser Ausstellung sind gegenwärtig im Liebermann Haus am Wannsee (zeitgleich in London) hervorragend ausgestellt und dokumentiert. Oder man nehme die oft einseitige Debatte um die DDR. Zwei Filme – „Gundermann“ und „Familie Brasch“ – zeigen uns die Widersprüchlichkeit unseres Lebens,

das sich nicht auf MFS u.ä. reduzieren lässt (m.E. ist diese einseitige Geschichtsklitterung eine der Ursachen für die Probleme in allen ostdeutschen Bundesländern). Viele kulturelle und künstlerische Produkte widerlegen beeindruckend diese Einseitigkeiten offizieller heutiger Politik

Diese wenigen Beispiele zeigen, worüber wir in unseren Gesprächen mit unseren Mitbürgern nachdenken sollten. Zum Wie gehört die Emotion, das Gefühl.

Es ist die subjektive, eben einmalige Sicht des Künstlers in seinem Werk, die so wesentlich ist. Sie gibt der politischen Debatte Farbe, Anregungen, Argumente, die wir brauchen, auch um der Hektik des Alltags zu begegnen.

Kunst/Kultur hat in der Gestaltung des Alltags einen eigenen Wert, ist Teil des Ringens um soziale Gerechtigkeit. Sie gibt der Rationalität unseres Alltags Farbe und Muse. Kultur und Kunst in ihrer ganzen Vielfalt ist kein elitärer Zusatz oder ein Prestige Weniger.

Und gerade Sozialisten müssen diesen Wert für das Leben aller immer wieder lebendig erhalten.

**Prof. Dr. Anni Seidl**

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Der 8. März – ein guter Feiertag für Berlin!

**E**s war vor einem Jahr, als wir Berliner LINKE einen neuen Feiertag für unsere Stadt ins Gespräch brachten: der 8. Mai 2020, der 75. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus sollte Feiertag in Berlin sein. Angesichts der rechten Bestrebungen in der Gesellschaft, so unsere Landesvorsitzende Katina Schuber, könne dieser Tag zum gemeinsamen Gedenken und Mahnen beitragen.

Die Debatte um einen neuen Feiertag hatte Fahrt aufgenommen, schließlich ist Berlin mit neun Feiertagen das Schlusslicht im Bundesvergleich. Viele Vorschläge kamen auf den Tisch, christliche Daten wie der Reformationstag etwa, aber auch muslimische wie das Zuckerfest oder historische Feiertage wie der 18. März, der 17. Juni, der 3. Oktober oder der 9. November. Nur die FDP positionierte sich gegen einen neuen Feiertag, Berlin habe schließlich genug zu tun und jeder Feiertag senke das Wirtschaftswachstum.

Schließlich lief die Debatte in den Fraktionen und Landesvorständen von SPD und LINKE zunehmend auf den 8. März, den Internationalen Frauentag, zu. Die Grünen, die lange skeptisch waren, schlossen sich dem ebenfalls an. Ich halte diesen Tag für eine sehr gute Wahl. Der Internationale Tag der

Frauen, entstanden aus der revolutionären Frauenbewegung in den USA und Europa, war zunächst ein Kampftag für das Frauenwahlrecht. Nach dem 1. Weltkrieg führte die KPD diesen Tag weiter, später schloss sich die SPD an. Kampfziele waren etwa das Recht auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch und gleiche Entlohnung. Nach dem Krieg nahm der Tag in Ost und West eine sehr unterschiedliche Gestaltung, 1977 erklärte die UNO den 8. März weltweit zum

### Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden.

Diese Kombination zeigt, wie gut dieser Tag Berlin zu Gesicht steht.

Zum einen ist es kein Tag, an dem zurück in die Geschichte geblickt wird, sondern ein Tag der Zukunft. Der Kampf um Gleichstellung und gegen Unterdrückung von Frauen ist hier und anderswo nicht beendet. Frauen erobern sich zunehmend gleiche Rechte in Politik, Sport, Kultur und Wirtschaft. Doch selbst in Berlin, das sich selbst öfter einmal als „Stadt der Frauen“ bezeichnet, ist noch nicht alles in Butter. Zwar sind hier viele Vorstände, viele Menschen in Politik und Verwaltung weiblich. Aber Benachteiligungen bei der Entlohnung, bei der Mehrfachbelastung, in der Kultur oder im



Foto: Ben Gross

Tobias Schulze

Bildungs- und Wissenschaftssystem müssen weiter angegangen werden.

Und der 8. März soll nicht nur ein Kampfsondern auch ein Feiertag sein. Gerade Menschen im Osten Deutschlands haben eine lebendige Kultur des Anerkennens und Ehrens kennen gelernt, der anders als der Muttertag weibliches Selbstbewusstsein in den Vordergrund rückte. Denn nicht zuletzt feierten und feiern sich Frauen am 8. März selbst. Zu Recht. Und das passt zu Berlin. **Tobias Schulze**

## Bauen für die Zukunft – Sanieren und Platz schaffen

**A**ls das Schuljahr 2018/2019 startete, gab es 8.000 Schüler\*innen mehr als im Vorjahr. Die daraus resultierenden Herausforderungen gilt es nun zu meistern. Petra Schrader, Referentin für Kinder, Jugend, Familie und Sport, merkte an, dass nun allein im Bezirk Mitte bis 2021 Platz für 2.200 Grundschüler\*innen geschaffen werden muss.

Problematisch ist die Situation bereits jetzt, beispielweise an der Weddinger Anna-Lindh-Schule. Sie ist die größte Berliner Schule und sah sich gezwungen, die „(...) viel genutzte Sportanlage auf dem Schulhof (...) mobilen Unterrichtsräumen weichen (...)“<sup>1</sup> zu lassen, so Schrader. Diese Situation kann sich negativ auf das Schulklima und den Lernerfolg auswirken, denn guter Unterricht braucht

Platz. Bereits in den letzten Sommerferien wurde viel gebaut, doch Schrader kritisiert: „Problematisch sind die langen Zeitspannen zwischen Planung, Baubeginn und Fertigstellung schulischer Baumaßnahmen.“<sup>2</sup>

Bereits im Wahlprogramm der Linken 2016 wurde ein 10-Jahres-Programm vorgestellt, welches dem Sanierungs- und Neubaustau an Berliner Schulen entgegenwirken soll. Im November 2017 wurde, bezüglich der Umsetzung festgelegt: „Die Finanzierung des Berliner Schulbaus und der Schulsanierung über Öffentlich-private Partnerschaften zu organisieren, lehnt DIE LINKE. Berlin ab.“

Es gab bezüglich der Umsetzung des Programms diverse Diskussionen, beispielsweise innerhalb der Linken, der GEW und mit anderen Initiativen („Unsere Schulen“, „Gemeingut in Bürgerhand“), bezüglich der Angst einer zu-

künftigen Privatisierung der Schulgebäude. Im Beschluss vom April 2018 wurden dahingehend weitere Punkte festgelegt. Zum einen werde eine zeitnahe öffentliche Anhörung initiiert, zu welcher Kritiker der Planung geladen werden. Diese fand am 9. November 2018 statt, bei der noch einmal seitens Senator Kollatz (SPD) deutlich gemacht wurde, dass jegliche Privatisierung ausgeschlossen sei. Weiterhin einigte man sich darauf, dass unterschriftsreife Vertragsentwürfe sowie abgeschlossene Verträge zum Schulbau der Beauftragten für Informationsfreiheit unverzüglich zur Verfügung bereitgestellt werden und so ein Zugang dieser für die Öffentlichkeit gewährleistet werden kann. Es gibt weiterhin offene Fragen und diverse Diskussionen zur Schulbauoffensive. Ziel ist es dennoch, mehr Platz für die stetig steigende Schüler\*innenzahl zu schaffen, offen bleibt vorerst, wie das Ziel erreicht werden soll.

**Stephanie Seehaus**

<sup>1</sup> <https://www.linksfraktion-berlin-mitte.de/meldungen/detail/news/schulstart-mit-verbesserungen-und-hindernissen-1/> (Stand: 8.11.2018)

<sup>2</sup> Ebd.

## Das ist das Letzte

Unser Regierender Mü-Mi (Müller, Michael) übernahm vom Vorgänger Wowi (Wowereit, Klaus) den Missstand, dass die Berliner vier Tage mehr pro Jahr schuffen müssen als die meisten Bayern! Wir haben nur 9 arbeitsfreie Feiertage – dort gibt es 13. Nun ruft Berlin: „Einigkeit und Recht auf Freizeit!“ Wir suchen uns einen 10. Feiertag!

Da Bayern den katholischen Klerus als Anwalt nahm, verlangen nun die Protestanten von Berlin, den REFORMATONSTAG am 31. Oktober – wie ringsum in Brandenburg – mit Thesen, Taten und Trubel zu begehen.

Die Kammerjäger zur Aufarbeitung der SED-Diktatur halten aber dagegen, dass der 9. November 1989 mit dem MAUERFALL mehr Fröhlichkeit in den Straßen Berlins wecken könnte. Obwohl die gefühlte Mauer zwischen Arm und Reich oder Ost und West, noch mehr kneift als zuvor. Drum mahnen Historiker, dass der 9.11. ein Fatal war zur NOVEMBERREVOLUTION 1918 mit der Vertreibung des Kaisers. Auch die POGROMNACHT der Nazihorden vom 9.11.1938 gegen alles Jüdische wäre ein lehrreicher Gedenktag!

Der Vorschlag der LINKEN, den 8. Mai als „TAG DER BEFREIUNG“ zum gesetzlichen Feiertag zu machen, hat auch viel für sich. Der frühere Berliner Stadtlenker „Ritschi“ (Richard v. Weizsäcker) hatte als Bundespräsident am 8. Mai 1985 im Bonner Bundestag einleuchtend begründet, warum. Aber die Sitzbleiber der deutschen Geschichte haben immer noch eine Mehrheit unter den Amtsträgern. Schließlich fragten SPD, Grüne und Linke, ob nicht endlich der 8. März als „WELTFRAUENTAG“ gewürdigt werden sollte. Zumal die Clara-Zetkin-Straße zum Reichstag von eifrigen Wendehälsen 1995 umgetauft wurde. Die legendäre Frauenrechtlerin und letzte Alterspräsidentin des Parlamentes vor der Nazidiktatur musste der Kurfürsten-Gattin „Dorothea“ (17. Jhd.) weichen. Die besaß etliche Adelsitze und galt als intrigant und habgierig. Da lob ich mir unsere Clara! Bleibt zu hoffen, dass Berlin als erstes Bundesland nächstes Jahr mit den Frauen von heute zum Feiern und Fordern vereint sein wird. **Arthur Paul**

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte  
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:  
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz & Druck:  
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.11.2018

Ausgabetag für Nr. 01/2019 - 10.01.2019

## Wir sagen: Trotz alledem!

**I**m Januar 2019 jährt sich zum 100sten Mal der bestialische Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Herrschenden nannten das „Ordnung schaffen“. Denn für die Herrschenden war und ist es das Chaos, wenn Menschen sich entschieden gegen Ausbeutung und Krieg zur Wehr setzen. Damals wie heute ist es dringend erforderlich, Widerstand zu leisten.

Acht Superreiche haben mehr Vermögen, als die ärmere Hälfte der Erdbewohner. Kriege und Bürgerkriege toben. Deutsche Soldaten stehen erneut an Russlands Grenzen. Rüstungshaushalte der NATO-Staaten werden verdoppelt und an der Spitze der imperialistischen Hauptmacht steht ein Unzurechnungsfähiger. Mehr als 65 Millionen Menschen sind vor Krieg und Elend auf der Flucht. Ausgerechnet diese Ärmsten der Armen werden zu Sündenböcken gestempelt. Und so entsteht ein Klima des Rassismus, in dem die faschistoide Rechte das Völkische als Lösung aller Probleme preist. Keine hoffnungserweckende Situation! Gerade deshalb sagen wir in Erinnerung an Rosa und Karl: Trotz alledem!

Dieses Trotz alledem soll am Tag der Ehrung und des Gedenkens an diese zwei großartigen Menschen unübersehbar werden.

Kommt zum Stillen Gedenken, kommt zur Demonstration im Rahmen der Ehrung. Gewinnt weitere Menschen, mit uns

### Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

### an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)  
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751



13. Januar: Gedenken an Karl und Rosa

zu gehen. Unterschreibt unseren Aufruf ([www.il-demo.de](http://www.il-demo.de)). Wir müssen viele werden am 13. Januar 2019.

### Für das Bündnis zur Vorbereitung der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung

**E. Brombacher**

### Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

[www.sprengbuero.de](http://www.sprengbuero.de)  
[www.tobiasschulze.berlin](http://www.tobiasschulze.berlin)  
Twitter: @sprengbuero

### Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- zum 93. Werner Hötling,  
Hans-Ullrich Wolff
- zum 90. Wilhelm Schmidt
- zum 88. Jürgen Gruner, Gerhard Rohde
- zum 87. Günter Grade, Ernst Ritschel
- zum 86. Horst Renz, Kurt Zopf
- zum 85. Helga Lange,  
Hans Georg Ruthenberg
- zum 84. Edgar Gladitz, Fred Levyn
- zum 82. Elisabeth Janowski
- zum 81. Annerose Kranz